

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Sie unterliegt einzigem Steuerrecht über  
stammt die Redaktion keine Genehmigung.

Druckhaus Köpcke & Söhne in Berlin  
Str. und Canal von Russisch Platz in Berlin.

### Der Abtransport der turkländischen Truppen.

Der „Schuß durch die russische Westarmee“.  
Eine Mitteilung der russischen Freiwilligenarmee.  
Königsberg, 7. Oktober. (W. I. B.)  
Der Oberbefehlshaber der schwedischen russischen Westarmee,  
Oberst A. I. W. W. B. S. P. M., hat der deutschen Gesandtschaft  
heute nachmittags folgende Note überreicht lassen:

„An die deutsche Reichsregierung!  
In den vom bolschewistischen besetzten Teilen West-  
russlands habe ich, unterstützt von dem am 7. Oktober neu ge-  
bildeten Zentralkomitee für Westrußland, im Namen Großrusslands die  
Aufgabe der Wiederherstellung der Staatsordnung und Justiz über-  
nommen. Als Vertreter der russischen Staatsgewalt will ich  
diese Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, um der deutschen  
Reichsregierung den Dank Russlands für die unvergänglichen  
Dienste, die sich deutsche Truppen um die Errichtung der  
russischen Randprovinzen vor der bolschewistischen Herrschaft  
erworben haben, auszusprechen. Nach Zurückziehung der deutschen  
Truppen wird der Schuß des von meinen Truppen besetzten Gebietes

von mir übernommen werden. Die Sicherung des Abtrans-  
portes der deutschen Truppen wird meine besondere Sorge  
sein. Ich habe das feste Vertrauen, daß die Wiederverordnung  
unterliegenden bolschewismus im russischen Gebiet bei allen Völkern  
als Verhängnis zu finden, das notwendig ist, um diese Wastgefahr  
zu befeitigen und allen Staaten Frieden und freie Entwicklung zu  
sichern.

Unterzeichnet:  
Kwallow, V. B. B. M., Oberst,  
Zentralkomitee für Westrußland, Präses; Senator Graf Pahlen.

### Die baltischen Friedensverhandlungen.

Telegramm unseres Korrespondenten)  
B. Stockholm, 9. Oktober.  
Aus Reval wird gemeldet: Die bolschewistischen schlugen ein neutrales  
Land als Sitz der Verhandlungen für den Frieden in  
Baltikum vor. Es soll Dänemark der Holland gewählt werden.  
Bei den Verhandlungen solle der allgemeine Frieden  
(zwischen Sowjetrußland und der übrigen Welt) angebahnt werden.

### Völkerbund und Abrüstung.

von (Nachdruck verboten!)  
L. Porcius, Kapitän zur See a. D.  
Sobald die für den Friedensschluss erforderlichen  
Ratifikationen der alliierten Verbündeten vollständig sind, soll  
nach früheren Beschlüssen der „ausführende Rat“ des Völker-  
bundes zusammentreten. Er hat eine Reihe wichtiger Ent-  
scheidungen zu treffen, z. B. die Grenzen des Saargebietes zu  
bestimmen, den Kommissar für Danzig zu ernennen usw. Der  
„ausführende Rat“ ist das hauptsächlichste Organ des Völker-  
bundes. Gemäß Artikel 4 des neuen Völkerbundvertrages der  
Entscheidung des Rates liegt es an den alliierten und asso-  
ziierten Hauptmächten und aus nicht anderen Mitgliedern des  
Bundes zusammen. Diese vier Mitglieder des Rates sind bis  
zur endgültigen Wahl durch die Versammlung des Bundes  
die Vertreter Belgiens, Frankreichs, Spaniens und Griechen-  
lands. Der Rat besteht sich mit allen Fragen, die zu der Inter-  
essenpolitik des Bundes gehören oder den Weltfrieden be-  
treffen.

Der ausführende Rat hat eine gewaltige Fülle  
von Aufgaben, die schleuniger Erledigung bedürfen, zu be-  
wältigen. Vor allem sind es die Entschleunigungen, die hinsicht-  
lich der allgemeinen Abrüstung gefaßt werden sollten,  
auf die die leidende Menschheit mit Spannung wartet. Selbst  
Clemenceau fand sich bewogen, im Anschluß an einen Antrag  
des Rates des Völkerbundes vorzutreten, sich als vorläufigen  
in die Wege zu leiten, einen Brief zu veröffentlichen, den er  
Oberst Pointe gerichtet hat, und in dem er erlud, schleunigt  
die erste Versammlung des Rates einzuberufen. Es liegt im  
Interesse des Völkerbundes, daß der ausführende Rat nun  
rasche und die breiten Massen befriedigende Arbeit leistet, denn,  
wie wollte es leugnen, daß die erste Beweiserhebung, die die  
Entscheidung des Völkerbundes gründen, sich als verhängnisvoll  
erweisen würde. Jüngens war bisher etwas von dem verhängnis-  
vollen Geist zu spüren, der doch die Grundbedingung für die ver-  
derbende moralische Kraft des Bundes ist, nirgends zeichnete sich  
ein greifbares Resultat ab, das den Menschen sagte: „Schaut,  
das ist die neue Zeit!“ Nichts wäre geeigneter, den Glauben  
an die Macht und an die sich durchsetzende Geltung des Bundes  
zu befestigen, als die durch den ausführenden Rat zum Vorschein  
gebrachte „Ungerechtigkeit“ in Frankreich. Clemenceau sagte in  
seiner großen Rede in der Kammer am 26. September: „Der  
Völkerbund sei der Schicksal, der eine neue Welt öffnen müsse.“  
Ein geistvolles Wort, aber mit Worten ist und heute nicht ge-  
dient, wir wollen Taten sehen. Eine Tat wäre gewesen,  
wenn Clemenceau sich ritterlich für die sofortige Abweisung  
der Beschlüsse hätte verbündet, die der Versammlung am 200 000  
Mann und die Abwicklung der Arbeit eingesetzt hätte. Er hätte  
ihnen hierzu Überzeugung und Mut geschenkt, dann hätte er  
wirkungsvoll praktische Propaganda für den Völkerbund be-  
trieben, während ihm nun das Odium anhaftet, ihn nur  
theoretisch mit billigen Worten zu unterstützen.

Was bestimmt die Versassung des Völkerbundes hinsichtlich  
der Abrüstung? Im Artikel 8, der sich mit den Rüstungen be-  
schäftigt, heißt es: „Die Bundesmitglieder bestimmen sich zu  
dem Grundsatze, daß die Aufrückerhaltung des Friedens es  
möglich macht, die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß  
herabzusetzen, das mit der gemeinschaftlichen Durchführung  
der internationalen Verpflichtungen und mit der nationalen  
Sicherheit vereinbar ist, wobei insbesondere der geographischen  
Lage jedes Landes und den Umständen Rechnung zu tragen ist.“  
Diesem Bekenntnis, das zu nichts verpflichtet, folgt freilich  
noch der Satz, daß der ausführende Rat hat die Aufgabe, den  
Abrüstungsplan aufzustellen. Er muß ebenfalls jeder Regierung  
die gerechte und verständliche Befriedigung der militärischen  
Bedürfnisse zur Verfügung unterbreiten, die der Erhaltung der Streit-  
kräfte entspricht, wie sie durch das Abrüstungsprogramm aufge-  
stellt ist. Also, dem ausführenden Rat werden die näheren  
Festlegungen hinsichtlich der Rüstungsbeschränkungen über-  
lassen! Bei der Zusammenlegung des Rates besteht indes  
hoffnung, daß den Wünschen der Völker Rechnung getragen  
wird. Der Artikel 8 des Völkerbundvertrages trägt gar so offen  
auf seiner Stirn den Stempel der Imperialität und  
Tendenz zu unierter bisherigen Feinde, gar so offen  
das Bestreben, die international vertriebe Waffenindustrie  
vor Hindernissen zu schützen. Der zweite Teil des  
Artikels 8 lautet: „da die private Verfertigung von Munition und  
Kriegsgerät schwere Bedenken gegen sich hat, so beauftragen  
die Bundesmitglieder den ausführenden Rat, Mittel im Auge  
zu fassen, wodurch deren vernünftige Produktion gefördert  
werden können.“ Auch hier wird also wieder dem Rat die  
Ausführung in die Hand gegeben. Der Explizite erkennt, daß  
die Völkerbundbeschlüsse hinsichtlich der Abrüstung in seiner  
Weise den berechtigten Ansprüchen genügen, daß sie gar zu  
durchsichtig die Interessen der Imperialisten und besonders  
die Rüstungskapitalisten vertreten. Soll nicht eine erhabene  
Idee zum Gelpst der Welt werden, so müssen die Völker, da  
die Regierungen sich unfähig erwiesen, die Arbeit, die „big  
four“ in Versailles fortgesetzt, sie müssen darauf dringen,  
daß die Abrüstung in zwingender, selbst unangenehmer Form im  
Völkerbundvertrag Aufnahme findet, ohne Ausnahmen zu ge-  
statten bezüglich „geographischer Lage“ u. a. m.  
Der Wunsch, der deutschen Regierung für die Völker-  
bundverfassung, ist der Niederfall der Kabinettskrisen, die  
die Öftern 1919 stattfanden, spricht im Abschnitt V von der  
Abrüstung, und im § 40 fest: „Die Mitglieder des Völker-  
bundes werden ihre Rüstungen zu Lande und in der Luft zu  
begrenzen, daß von ihnen nur die zur Sicherheit des  
Landes erforderlichen Streitkräfte unterhalten werden. Sie  
werden ihre Rüstung zur See auf die Maximumzahl beschränken,  
die zur Verteidigung ihres Küstenstrahls erforderlich sind.“  
Der Ausdruck „Sicherheit des Landes“ ist zu unbestimmt.  
Unter diesem Vorwand können Millionenheere aufgestellt

### Der neue „wirtschaftspolitische“ Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt.

Wie hier im letzten Montagartikel gesagt wurde, ist bei der  
Wahl des Auswärtigen Amtes die Ernennung eines „wirtschafts-  
politischen“ Unterstaatssekretärs, neben dem „politischen“, notwendig  
geworden. Der politische Posten wird, wie bereits mitgeteilt,  
der General Dr. Cohn bis auf weiteres verwaltet. Als wirtschafts-  
politischer Unterstaatssekretär ist, wie wir hören, der Geheimne-  
rationsrat Dohse in Aussicht genommen. Herr Dohse gehörte  
früher der Berliner Handelsgesellschaft an und war bei der Firma  
Lang u. Co. in leitender Stellung tätig. Er wurde während des  
Krieges der deutschen Wirtschaft in Wien beigegeben und hatte in  
Wien an den oft sehr schwierigen wirtschaftlichen Verhandlungen  
einen hervorragenden Anteil. Dann wurde er in das Auswärtige  
Amt berufen, wo er seit dem Austritt des Unterstaatssekretärs  
v. Rosenbergs provisorisch die politische Abteilung dirigiert. Die  
Nationalen, mit denen er durch seine amtliche Tätigkeit in Verbindung  
trat, erkennen ihm die Eigenschaften zu, deren keine mehr als je der  
Leiter der Wirtschaftspolitik im Auswärtigen Amt bedarf.

### Eine zweite Rednerliste für die politische Debatte.

Dr. Cohn über das Atomat gegen Gaale.  
Die ursprüngliche Absicht, die große politische Debatte mit einer  
Rednerliste zu Ende zu führen, dürfte sich kaum verwirklichen  
lassen. An Stelle des Abgeordneten Gaale nahm heute zu Be-  
ginn der Sitzung der Anwohner Dr. Cohn das Wort. Da  
man in den Wendungen davon hörte, daß Cohn mit großen  
Entscheidungen und Sensationen aufwarten werde, so befehlen  
sich bereits vor der Sitzung die einzelnen Fraktionen mit der Wör-  
terliste, nach einem zweiten Redner für die Aussprache zu stellen.  
Man muß also damit rechnen, daß heute die politische Debatte  
von neuem wieder ausbrechen und fortgesetzt werden wird.  
Die Deutsche demokratische Fraktion hat bereits für den Fall, daß  
der zweite Redner zu Wort kommen, den Abgeordneten Reichherrn  
H. H. Schöns in ihrem Sprecher bestimmt.

Cohn nach Eröffnung der Sitzung erteilte Präsident Febrer-  
bach Dr. Cohn das Wort. Der Abgeordnete führte aus: „An dieser  
Stelle sollte gesten mein Kollege Gaale stehen. Die Linde eines  
widerrechtlichen Abtrats hat es verhindert. Abgleichlich der „Dor-  
würde“ mit großem Eifer ein unpolitischer Atomat aus der Sache  
macht, und wemgleich die Regierung schon bei Beginn der  
Untersuchung umfangreiche Untersuchungsprotokolle durch den  
offiziellen Draht verbreiten läßt, wir warten ab,  
bis sich das Dunkel gelichtet hat und hüten uns,  
daß wir den Arbeiter des Vorkommens Partei oder irgend-  
einer Klasse zurechnen. Wir sind erfüllt von Hochschau vor dem  
Verbrechen und wir rufen auch hier unsere Kollegen Gans in  
seinem Krankenlager herzlich begrüßen für seine baldige Genesung  
zu. Wir sind froh, nicht mit gekannter Stimme gegen zu  
müssen: Mann über Bord, sondern sagen zu können:  
der Kurs bleibt der alte. In der Sache bleibt der alte  
und wir werden uns auch nicht durch die Zerrinnflänge  
des Atomates in einen falschen Kurs lassen. Einig-  
keit der Arbeiterklasse, Einigkeit aller politischen Fraktionen  
bleibt für mich die Voraussetzung eines jeglichen Kampfes. Wie wollen  
Es (zu den Mehrheitsfraktionen) die Lösung erreichen, bei einer  
Politik, wie sie der Abgeordnete Scheidemann treibt? Der  
Abgeordnete Scheidemann hat gestern ausgesprochen, daß keine Partei  
durch und gewinnung werden sie, mit den bürgerlichen Parteien  
zusammen eine Regierung zu bilden. Wissen denn die Herren von  
der Reichstagsdemokratie nicht, daß, während wir miteinander  
verhandeln, der Abgeordnete Dr. Dohse mit den Nationalüber-  
partei in Verhandlungen eingetreten war? Die Politik der Mehr-  
heitsfraktionen war stets eine Politik der „zwei Eichen  
im Feuer“. Man wollte sich eine sozialdemokratische Mehrheit  
erschaffen lassen, man wollte sich aber auch die Möglichkeit einer Rück-  
kehr zu den bürgerlichen Parteien offen lassen.  
Herr Oberst hat seinen Sohn dahin, Er ist der erste sozialistische  
Präsident geworden. Ich glaube, daß seine Regierung solange dauern  
wird, wie die Regierung eines Schuppenkönigs. Der  
Redner geht dann auf den Wahlergebnis zu. Die Schuppen-  
kraft und die Gefahr ein, erklärt, daß die Schuppenkraft un-  
vermeidlich leichtfertig verhängt werde. Er führt dabei eine Anzahl

### Die Frage der Stellvertretung Wilsons.

Wilson's Erkrankung ein „leichter Schlaganfall“?  
Telegramm unseres Korrespondenten)  
Paris, 8. Oktober.  
Man nimmt an, daß die Besserung in Wilsons Befinden  
keine schnelle Fortschritt gemacht wird, und daß es  
mit seiner Wiederherstellung noch ziemlich lange dauern kann.  
Die Regierungserklärung bleibt insofern unangelegentlich.  
Der Regierungserklärung des Kabinetts ist sehr eng begrenzt. Aus  
Sichtspunkten betrachtet man Paris als leitenden Minister,  
aber auch er verfügt nicht über weitgehende Befugnisse. Vize-  
präsident Marshall hat ebenfalls keine weiteren Schritte unter-  
nommen, um den Präsidenten zu vertreten, womöglich wartet er  
bis Wilson sich erholt hat, daß er sein Präsidentenamt vertritt.  
Einige New-Yorker Mütter glauben, daß es sich bei Wilson's  
Angriff um einen leichten Schlaganfall handelt.  
Gestern fand ein Kabinettsrat unter Vorsitz von Lansing  
statt. Es ist das erste Mal in der Geschichte der Vereinigten  
Staaten, daß der Kabinettsrat nicht vom Präsidenten selbst  
geleitet wurde. Die Bestimmung erzwang weiche Maßnahmen  
zu treffen wurde, falls Wilson, wie sein Vizepräsident meint, längere  
Zeit nicht inkunne wäre, die Regierungsgeschäfte zu führen. Da  
der Rat aber später erklärte, daß die Angelegenheiten darauf hinweisen,  
daß Wilson nach weiteren Wochen vollständiger Ruhe wieder sein  
Amt ausüben könnte, wurden seine Befugnisse gelöst.

### Ein Hafenarbeiterstreik in New-York.

Unter den 9. Oktober. (W. I. B.)  
Ein hiesiges Verkehrsbüro meldet aus New-York, daß trotz der  
früher erfolgten Lohnverhöhung in New-York 20 000 Dock-  
arbeiter die Arbeit niedergelegt haben. Die Arbeit der  
Hafenarbeiter ist auf unbestimmte Zeit verstopft worden.

### Die Untersuchung über die Lebensmittel- schiefungen in den besetzten Gebieten.

Amlich wird mitgeteilt:  
Im Bezirk der Eisenbahninspektion Elberfeld sind längere  
Zeit hindurch von Privatfirmen und Einzelpersonen Lebens-  
mittel und sonstige Bedarfsgegenstände ohne die er-  
forderliche Genehmigung aus dem besetzten Gebiet in  
das unbesetzte Gebiet in großen Mengen verschoben  
worden. Es sollen an den Vertriebsstellen auch eine Anzahl Eisen-  
bahnbedienstete beteiligt gewesen sein, die der Verbringung  
durch hohe Geldstrafe, die ihnen die Schieber geboten haben,  
unterlegen sind und ganze Wagenladungen von ihrem  
Verdrehweg abgelenkt und falschen Empfängern zugeführt,  
sowie eine Kontrolle der eingehenden Sendungen durch Fälschung  
von Geschäftsbriefen und Verfertigung in der Durchführung unmöglich  
gemacht haben sollen. Mit den Befundungen der ersten Untersuchungen  
hat die Eisenbahninspektion Elberfeld im Benehmen mit den großen  
Eisenbahnbetriebsverbänden zur völligen unparteiischen Aufklärung  
des Sachverhalts eine Untersuchungsausschuss von sieben  
Eisenbahnbeamten und -arbeitern eingesetzt, der weiteren un-  
fangreichen Schiefungen auf die Spur gekommen zu sein  
scheint. Die gerichtliche Untersuchung der ganzen Angelegenheit  
ist noch nicht abgeschlossen. Mit Rücksicht auf das  
schwebende Gerichtsverfahren können deshalb zurzeit  
keine Mitteilungen gemacht werden.  
Inwiefern die Staatsregierung schon jetzt, daß sie die  
Untersuchung mit allen Mitteln beschleunigen und die Schuldigen  
ohne Ansehen der Person mit der vollen Stärke des Ge-  
setzes bestrafen wird. Zurecht weist in Elberfeld eine von der  
Reichs- und Staatsregierung gebildete Untersuchungskommission,  
bestehend aus einem Vertreter des preussischen Staatsministeriums,  
Justizministeriums, Ministeriums der öffentlichen Arbeiten und des  
Landespolizeiamts, um den Festhalten der Reichs- und Staats-  
regierung entsprechend die zeitliche und bestmögliche Aufklärung der  
Angelegenheit sicherzustellen.